

Haushaltsrede der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Recklinghausen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, hier erstmalig als Vertreterin der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Recklinghausen sprechen zu können. Die AfD ist gewählt worden, um das Beste für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt anzustreben und genau dafür sind die Mitglieder der AfD-Fraktion auch angetreten.

Die AfD-Fraktion hat nicht das Ziel, die Menschen umzuerziehen oder ihnen vorzuschreiben, was für sie denn am besten sein könnte. Sie ist auch nicht der Meinung, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wären selbst nicht qualifiziert genug um zu wissen, was sie selbst wirklich wollen.

Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die Mehrheit aller bisher im Rat engagierten Personen dasselbe für sich beansprucht und sich auch stets von dieser Maxime bei ihren Entscheidungen hat leiten lassen.

Gleichwohl gibt es Beweggründe, warum die Wählerinnen und Wähler die AfD jetzt erstmalig in den Rat der Stadt Recklinghausen gewählt haben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit mögen sicherlich einige der Gründe sein, dass sich ein nicht unerheblicher Teil der Wähler in Recklinghausen nicht mehr von den etablierten Parteien im Rat vertreten fühlte oder der Meinung war, eine vom bisherigen Parteiensystem unabhängige Partei müsste mal genauer hinschauen, was in der Lokalpolitik so passiert.

Wie die AfD-Fraktion in den wenigen Wochen, die sie bisher in Amt und Würden ist, mit ihren begrenzten Mitteln feststellen konnte, gib es derlei Gelegenheiten genug.

Um meine Redezeit und ihre Aufmerksamkeit nicht überzustrapazieren, lassen Sie mich meinen diesbezüglichen Vortrag auf einige wenige, aber umso relevantere Punkte beschränken.

Für keine Bürgerin und keinen Bürger ist zu übersehen, dass dieser Tage eines der umfangreichsten Projekte der letzten Jahre in Recklinghausen Fahrt aufnimmt, welches das Erscheinungsbild unserer Stadt nachhaltig verändern wird - die Umgestaltung des ehemaligen Trabrennbahngeländes.

Umso wichtiger ist es, jeden Schritt dieser Maßnahme gut abzuwägen und sich insbesondere von sachlichen und städtebaulichen Vorgaben sowie von den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger leiten zu lassen und nicht ideologischen Wunschvorstellungen oder planerischen Phantastereien nachzueifern. Genau da liegt der Hase aber im Pfeffer.

Gerade im Kreis Recklinghausen haben viele Kommunen teures Lehrgeld bezahlt, weil sie ihren Bürgerinnen und Bürgern lieber unausgelegene Avant-Garde oder nicht durchdachte Wunschprojekte untergeschoben haben, anstatt planerische Vernunft walten zu lassen und bewährte Konzepte umzusetzen.

Als abschreckende Beispiele seien hier die Metastadt in Dorsten-Wulfen oder die Wohnfabriken in Marl und Gladbeck genannt. In Recklinghausen wollte man seinerzeit den Autoverkehr auf dem Quellberg zurückdrängen und mit einer bunten Mischung von Hochhäusern und Bungalows für Diversifizierung sorgen. Am latenten Parkplatzmangel leiden die Quellberger bis heute, bei den Hochhäusern haben die Bürgerinnen und Bürger schlicht mit den Füßen abgestimmt - der Rückbau und Umbau in Ost ist in vollem Gange.

Ähnliches darf sich auf der Hillerheide nicht wiederholen. Die AfD wird ihren Beitrag als die wahre konservative und ideologiefreie Kraft im Rat leisten. Der aktuelle Planungsstand lässt nämlich befürchten, dass auch auf dem ehemaligen Gelände der Trabrennbahn nicht planerische Vernunft sowie Maß und Mitte im Vordergrund stehen, sondern erneut linksgrüne Ideologie und Bevormundung in Beton gegossen werden sollen. Allen Ernstes möchte man ein Quartier mit geplanten 1.000 Wohneinheiten quasi autofrei gestalten, ohne jede Parkmöglichkeit in Wohnraumnähe. Stattdessen wären alle Bewohner gezwungen, ihre Fahrzeuge in bis zu 700 Meter entfernten Parkhäusern an der Blitzkuhlenstraße abstellen.

Weiterhin soll der Innenbereich der bisherigen Trabrennbahn zum See umgestaltet werden, wogegen erst mal nichts einzuwenden ist.

Wer jedoch glaubt, hier würde mit viel Steuergeld eine Freizeitattraktion für Groß und Klein wie Jung und Alt geschaffen, wird enttäuscht sein. Der See ist Fischen, Fröschen und Fliegenlarven vorbehalten, die Recklinghäuser Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Gäste haben keinen Zutritt.

Es darf gemutmaßt werden, dass auch hier die Bürgerinnen und Bürger mit den Füßen abstimmen und sich das Baden im Sommer und das Schlittschuhlaufen in den trotz Klimahysterie immer noch regelmäßig auftretenden strengen Wintern nicht nehmen lassen werden. Die AfD wird also als Partei des gesunden Menschenverstandes auf entsprechende planerische Korrekturen hinwirken.

Hinsichtlich des ehemaligen Saalbau-Geländes besteht ebenfalls Aufklärungsbedarf durch eine vom Politiklünge unabhängige Kraft im Rat. Betroffene Bürgerinnen und Bürger der geplanten Bauvorhaben wandten sich vertrauensvoll an die AfD-Fraktion und baten um Unterstützung.

Tatsache ist, dass das Gelände ursprünglich an einen bekannten Investor aus der Stadt auf Grundlage eines Bebauungsplans veräußert wurde, der lediglich eine extensive Bebauung mit einigen Einfamilienhäusern zuließ.

Nunmehr soll auf Antrag des Investors der Bebauungsplan grundlegend modifiziert und ein massives Bauvorhaben mit gigantischer, teilweise oberirdischer Tiefgarage und 63 Wohneinheiten aus dem Luxussegment genehmigt werden. Ein Vergleich der Entwürfe mit dem Bauvorhaben Paulusanger offenbart die frappierenden Übereinstimmungen.

Die AfD-Fraktion lehnt derartige Klientelpolitik kategorisch ab und setzt sich stattdessen für den Bau bedarfs- und sozialgerechter Wohnungen ein. Die AfD-Fraktion lehnt Spekulation mit Recklinghäuser Grund und Boden ab und fragt sich insbesondere, ob die erhebliche Wertsteigerung der Grundstücke des Saalbau-Geländes durch das beabsichtigte vervielfachte Maß der baulichen Nutzung einen Einfluss auf den Kaufpreis genommen hatte.

Die Zahl der Asylsuchenden sinkt seit langem und bewegt sich auf niedrigem Niveau. Die auf dem Gebiet der Stadt Recklinghausen bereits vorhandenen Asylunterkünfte sind nicht ausgelastet. Es ist daher nicht einzusehen, weshalb weitere derartige Unterkünfte ohne konkreten Bedarf errichtet werden sollen. Eine Auftragsvergabe für die Wohnanlage Vinckestraße/Hellbachstraße erfolgte offensichtlich noch nicht, eine Zurückstellung der Maßnahme ist deshalb ohne weiteres möglich. Am freien Wohnungsmarkt ist überdies Wohnraum in ausreichender Menge verfügbar, der bei überraschendem Bedarf zeitnah und zu marktüblichen Konditionen angemietet werden könnte. Im Übrigen gibt die AfD-Fraktion zu bedenken, dass in Recklinghausen zahlreiche Liegenschaften - möglicherweise nur zum Zwecke der Spekulation - leer stehen. Die Unterbringung anerkannter Asylsuchender in gewachsenen Wohnstrukturen ist sozialverträglicher und kostengünstiger als in kasernierten Containerdörfern. Die AfD-Fraktion lehnt deshalb den Neubau einer Asylunterkunft an der Hellbachstraße zum derzeitigen Zeitpunkt ab.

Die Covid-19 Pandemie hat die Stadt Recklinghausen fest im Griff und hinterlässt im aktuellen Haushalt ihre deutlichen Spuren. Durch das Virus werden wenig überraschend Fehleinschätzungen der Vergangenheit mehr als deutlich sichtbar. Eine Verwaltung, die sich zeitnah im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einsetzt bzw. einsetzten soll, darf nicht tot- bzw. handlungsunfähig gespart werden.

Zu jedem Zeitpunkt muss gewährleistet sein, dass die Bürgerinnen und Bürger einen kompetenten Ansprechpartner für ihre Belange in der Verwaltung finden können, insbesondere müssen Corona induzierte neue Problemfelder zuverlässig abgedeckt werden. Steigende Fälle häuslicher Gewalt, Kinderarmut und -verwahrlosung, Vereinsamung insbesondere alleinlebender Senioren oder die Zunahme psychosomatischer Erkrankungen wie z.B. Depressionen sind Bereiche, die unserer dringenden Aufmerksamkeit bedürfen und personell adäquat ausgestattet werden müssen. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen deswegen sorgsam und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, viele der jetzt anstehenden Entscheidungen basieren auf der Arbeit des vorherigen Stadtrates, dem eine AfD-Fraktion nicht angehörte. In der Kürze der Zeit war es den Mitgliedern der AfD-Fraktion deshalb schlicht nicht möglich, sich in alle Themenfelder vollumfassend einzuarbeiten. Gleichwohl werden wir Entscheidungen mittragen, die unseren Vorstellungen einer wertkonservativen, ideologiefreien und faktenbasierten Politik nicht widersprechen und somit dem Wohle unserer Stadt dienen.

Im Namen der gesamten AfD-Fraktion wünsche ich uns allen ein erfolgreiches Handeln im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, respektvollen Umgang miteinander und das Quäntchen Glück beim Besiegen des Covid-19 Virus, damit wir schnellstmöglich unser ersehntes, altbekanntes Leben zurückbekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Claudia Christ)